# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Michels, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Gablenz und Tirschheim

**Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

**Nr. 126.** Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. Mittwoch, den 4. Juni Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 Mk. [illegible] Pfg. — Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Werl-Straße 5b [illegible] entgegen. — Inserate werden bis [illegible] Uhr, der [illegible] Zeile mit 30 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 60 Pfg. — Fernsprech-Anschluß Nr. 7. [illegible] Telegrammadresse: Tageblatt.


**Margarine,** Landesfettkarte Abschnitt Q, 50 Gramm 23 Pfg.
**Schellfisch markenfrei** bei Küchler, Weiß, Reinhold, Madlo und Patzig, 1/2 Pfund 75 Pfg.
**Zuckerhonig,** L. M. K. B, Abschnit 39, 1/2 Pfund 40 Pfg. und 1/4 Pfund **Marmelade,** 33 Pfg. **Städt. Lebensmittelamt.**
**Freibank.** Heute **Dienstag** nachmittags von 5 bis 1/2 6 Uhr **Kalbfleisch,** 1 Pfund 90 Pfg. Freibankkarten nur die Nummern 481—500 Marke 3. Fleischmarken sind mitzubringen.

**Auslandsmehl** bei den Händlern — 1/4 Pfund für 1,11 Mark auf die den Brotmarken angefügten Gruppenmarken. Die Händler haben die Markenabschnitte bis Sonnabend mittag gebündelt auf dem Rathause abzuliefern.
**Auslandsfleisch** bei den Fleischern. Amerikanisches Schweinefleisch. 125 Gramm bez. 63 Gramm. 1 Pfund kostet 6,90 Mark.
**Der Ortsernährungsausschuß für Callnberg.**

## Bekanntmachung.

Nachdem die Ergebnisse der hiesigen Gemeinde-, Staats- und Ergänzungssteuerschätzungen für das Jahr 1919 den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 des Eink.-St. G. v. 24. 7. 1900 alle diejenigen Personen, welche bei der Einschätzung übergangen worden sein sollten, oder denen der Steuerzettel aus irgend einem Grunde nicht hat behändigt werden können, aufgefordert, sich **innerhalb 14 Tagen** zum Zwecke der Angabe ihrer Einkommensbezüge oder evtl. Mitteilung des Schätzungsergebnisses bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.

Hohndorf (Bez. Chemnitz), den 31. Mai 1919.
**Der Gemeindevorstand.**
Schuster.

## Kirschenpachtung.

Auf Grund der Bekanntmachungen des Reichskanzlers über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/5. November 1915 (RGBl. S. 607, 728) und über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (RGBl. S. 604) wird unter gleichzeitigem Hinweis auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. Mai 1919 — Nr 746 V G 1 — (Nr. 110 der Sächs. Staatszeitung vom 16. Mai 1919) folgendes angeordnet:

§ 1. Alle über die Kirschenernte 1919 mündlich oder schriftlich abgeschlossenen Pachtverträge werden, soweit sie nicht bereits im Jahre 1914 oder vorher zu festen Pachtpreisen vereinbart worden sind, hiermit für ungültig erklärt.

Neue Verpachtungen dürfen nicht vor dem 5. Juni 1919 vorgenommen werden. Diese Pachtpreise müssen im Einklang mit den besonders festgesetzten Richtpreisen stehen. (Zu vergl. Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 30. Mai über Richtpreise für Kirschen aus der Ernte 1919 in Nr. 120 der Sächs. Staatszeitung vom 30. Mai 1919.)

§ 2. Die Pachtverträge sind unter Benennung der Pachtsumme und des vor der Verpachtung abzuschätzenden voraussichtlichen Ernteergebnisses schriftlich abzuschließen. Eine Ausfertigung des Vertrages ist spätestens binnen 5 Tagen nach dessen Abschluß vom Erzeuger dem zuständigen Kommunalverband einzureichen. Gleichzeitig mit dieser Einreichung sind unter Benennung der Pächter die Pachtpreise anzuzeigen, die in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918 für dieselbe Kirschpachtung erzielt worden ist.

Die älteren Pachtverträge, die nach § 1 Abs. 1 Gültigkeit behalten, sind bis zum 15. Juni 1919 beim zuständigen Kommunalverband vorzulegen.

§ 3. Alle Kirschenerzeuger und Kirschenpächter sind verpflichtet, der Landesstelle für Gemüse und Obst oder deren Beauftragten sowie den Kommunalverbänden und ihren Beauftragten — die zur Geheimhaltung verpflichtet sind — jederzeit zu gestatten, zur Ermittelung richtiger Angaben ihre Geschäftsbriefe und Geschäftsbücher einsehen zu lassen. (vgl. im übrigen § 5 der eingangs angezogenen Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. Mai 1919.)

§ 4. Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wer insonderheit aus einem für ungültig erklärten Vertrag eine Leistung vollzieht, wer falsche Anzeigen erstattet, oder die Pachtvertragsausfertigungen oder die sonst erforderlichen Anzeigen nicht fristgemäß einreicht, wird, insoweit nicht höhere Strafen verwirkt sind, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. 892 V G 1.

Dresden, den 31. Mai 1919.
**Wirtschaftsministerium,**
Landeslebensmittelamt.

## Kurze wichtige Nachrichten.

* Gleich der Kölner Arbeiterschaft sprach sich auch die Bürgerschaft einmütig gegen die Losreißung vom Deutschen Reich aus. Die hochverräterischen Bestrebungen in Mainz wurden scharf verurteilt.
* Fünf englische Minister sind zur Beratung der deutschen Gegenvorschläge in Versailles angekommen.
* Dem Vernehmen nach ist eine neue Erklärung der Reichsregierung bevorstehend, die den Entschluß der Regierung wiederholen und bekräftigen will, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht vollzogen wird.
* Eine Note der Alliierten an die Deutsche Waffenstillstandskommission verlangt, daß die deutschen Truppen in den baltischen Provinzen belassen werden.
* Eisenbahnminister Oeser führte in der Sitzung der Preußischen Landesversammlung aus, daß, nach dem Aprilerg bis zu urteilen, die Preußischen Bahnen in diesem Jahre einen Zuschuß von 31 Milliarden brauchen werden.
* Die Zentral-Agentur meldet aus Warschau: Czernowitz in der Bukowina ist durch einen unerwarteten Vorstoß der bischewistischen Armee von dieser besetzt worden. Die polnischen Truppen, die sich in der Gegend befinden, geraten in die Gefahr, abgeschnitten zu werden, und ziehen sich zurück.
* Der Pariser Korrespondent der „Newyork Times" meldet, daß in Paris die Lage hinsichtlich Fiumes zur Zeit gespannter sei, als je und daß deshalb ein Bruch mit Italien im Vordergrund der Wahrscheinlichkeit stehe.
* Die Leiche Rosa Luxemburgs ist im Landwehrkanal gefunden worden.
* Der Friedensvertragsentwurf an Oesterreich erfolgte in St. Germain am Montag mittag. Die Antwort der Alliierten an Deutschland wird jedenfalls am Freitag erfolgen.
* Petersburg steht vor dem Fall, die Stadt ist vollständig umzingelt.
* Meuterer überwältigten im Zuchthaus zu Bremen Beamte, drei Aufrührer konnten entfliehen.

## Für und gegen den deutschen Entwurf.

Versailles, 2. Juni. Die Abendblätter bestätigen die von der Daily Mail gebrachte Meldung, wonach fünf englische Minister in Paris eingetroffen sind, um an den Beratungen über den Friedensvertrag teilzunehmen, und verraten uns gleichzeitig, daß sich innerhalb der englischen Delegation zwei Gruppen gebildet haben, von denen die eine unter Führung Lloyd Georges dafür sei, auch nicht um einen Fußbreit zu weichen, während die andere zu Zugeständnissen, wenn nicht gerade zu Verhandlungen rates. Aber nicht nur in der englischen Delegation haben sich zwei Gruppen gebildet. Die ganze Konferenz scheint in zwei Lager geteilt zu sein, und die französische Presse, die das weiß, es der Zensur wegen aber nicht sagen kann, läßt es durchblicken. Sie zeigt es vor allem, ohne zu wollen, indem sie auf diese Gefahr — die sie natürlich als nicht bestehend bezeichnet — hinweist und in einer fast nicht unverständlichen Weise zur Eile treibt. Dem als Hauptargument, das sie dem deutschen Vorschlag entgegenstellt, es habe man lange genug gedauert und das Werk, das in vier bis sechs Monaten zustande gebracht worden sei, dürfe nicht durch die Deutschen um einen Tag verzögert werden, läßt sich sehr wohl umkehren. Wenn es sechs Monate gedauert hat, so kann man schließlich auch noch vier Wochen warten, wenn davon die wirkliche Haltbarkeit des Friedens und die Interessen der ganzen Welt abhängen.

Natürlich schließt sich Belgien dem französischen Standpunkt an, wonach dieser Frieden ein Diktatfrieden sein müsse. Amerika scheint Verhandlungen für nötig zu halten. Wenn auch angeblich Wilson erklärt hat, an dem Geiste des Vertrages dürfe nichts geändert werden, so kann man an den Buchstaben sehr viel ändern. Japan steht der ganzen Erörterung mit vollendeter Gleichgültigkeit gegenüber. Italien scheint auch nur ein mittelbares Interesse zu zeigen, das sich auf die Rückwirkungen bezieht, die eine Abänderung des deutschen Vertrages auf den österreichischen haben könnte.

Im übrigen liegen noch soweit Meldungen über das Für und Wider des deutschen Entwurfs aus dem Ententelager vor, daß es uns unmöglich ist, darauf einzugehen und uns mit der Wiedergabe folgender Proben bescheiden müssen:

Basel, 2. Juni. Die Zentralagentur meldet aus Paris: Die Haltung der Alliierten gegenüber den deutschen Gegenvorschlägen kann dahin präzisiert werden, daß Willen zu Zugeständnissen genügt ist, während die Franzosen namentlich finanzielle Konzessionen entschieden verwerfen. Konzessionen seien insbesondere in der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg zu erwarten. Ausgeschlossen dagegen seien solche in den östlichen Territorialfragen. Die Zugeständnisse seien auch in Finanzfragen bei Aufrechterhaltung der wesentlichen Forderungen der Alliierten ins Auge gefaßt. Ausgeschlossen seien jedoch Konzessionen in der Anschlußfrage Deutsch Oesterreichs.

Versailles, 2. Juni. Die Zeitungen zeigen eine merkliche Entspannung der politischen Lage an. Die Verhandlungen haben begonnen und werden trotz des Gesetzes der Ententevisten fortgesetzt werden, weil die amerikanische Abordnung mit besonderem Nachdruck betont, es sei aus verschiedenen Gründen geboten, die deutschen Gegenvorschläge zu berücksichtigen.

„Sommelitres" schreibt: Die deutschen Gegenvorschläge haben Clemenceau nicht in einem einzigen Falle überzeugen können, daß der von ihm beschritten Weg nicht der richtige sei. Die Stellungnahme Frankreichs werde sich also kaum ändern.

Die „Baseler Nationalzeitung" meldet aus Paris: Das Blatt „Journal" berichtet: Den deutschen